



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Pandemie-Lage bleibt kritisch. Wir verzeichnen bundesweit steigende Infektionszahlen, immer mehr Corona-Patienten in Intensivbehandlung und zu hohe Todeszahlen. Gleichzeitig erfahren wir immer neue Details über die drohenden langfristigen Folgen einer Corona-Erkrankung. Diese Entwicklungen erfordern entschlossenes politisches Handeln. Wir müssen die dritte Welle brechen, und zwar sehr schnell. Deswegen ist es richtig, dass die Bundeskanzlerin eine bundesweite Notbremse ins Spiel gebracht hat. Mit dem 4. Bevölkerungsschutzgesetz, das wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, haben wir die Möglichkeit, mit klaren und einheitlichen Schutzstandards für ein effizienteres und verbindlicheres Krisenmanagement zu sorgen. Mir als Familienpolitikerin ist dabei besonders wichtig, dass wir bei Kitas und Schulen erst alle Alternativen nutzen, bevor es zu einer Schließung kommt.

Die wahre Größe unserer aktuellen Herausforderungen spiegelt sich auch im Bundeshaushalt wider. Am Donnerstag behandelten wir in erster Lesung das Nachtragshaushaltsgesetz 2021. Die geplante Nettokreditaufnahme von 240,2 Mrd. Euro ist die mit Abstand höchste jemals geplante Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir leisten historische Unterstützung unter anderem durch aufgestockte Unternehmenshilfen (plus 25,5 Mrd. Euro), mehr Mittel für die Impfstoffbeschaffung (plus 6,2 Mrd. Euro) und höhere Kompensationen für die Krankenhäuser (plus 1,5 Mrd. Euro). Hier zeigt sich, wie wichtig der Kampf der Union für die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt war und ist. So haben wir uns in den vergangenen Boom-Jahren gemeinsam Spielräume erarbeitet, die wir nun in der Krise verwenden.

Unter zahlreichen Fragestellungen haben wir uns in dieser Sitzungswoche auch mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (s. nächste Seite) befasst. Für mich persönlich stand auch das Thema geschäftsmäßige Sterbehilfe (s. ebenfalls S. 2) auf der Agenda.

Freundliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Sterbehilfe darf nicht zur Normalität werden

In einem Meinungsbeitrag für das Debattenmagazin *Civis mit Sonde* erläutere ich meine Position zur geschäftsmäßigen Sterbehilfe.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das von mir unterstützte Verbot für verfassungswidrig erklärt hat, müssen wir als Gesetzgeber uns erneut diesem schwierigen Thema stellen. Die Karlsruher Richter halten das Verbot für nicht vereinbar mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht. Aus meiner Sicht



müssen wir nun einen passenden Rahmen finden, der die Vorgaben der Verfassungshüter umsetzt und zugleich verhindert, dass gesellschaftlicher oder familiärer Druck zu einer Entscheidung für einen Sterbewunsch führt. Wir müssen sicherstellen, dass nicht aus einer akuten Notlage heraus einem Sterbewunsch nachgegangen wird. Meinen ausführlichen Beitrag können Sie [hier nachlesen](#).

Bundesstiftung Gleichstellung wird eingerichtet

Großer Schritt zu mehr Gleichberechtigung: Am Donnerstag haben wir im Bundestag die Einrichtung der Bundesstiftung Gleichstellung beschlossen.

Wir wollen, dass Frauen und Männer auf allen Ebenen und in allen Bereichen gleichberechtigt beteiligt sind und ihre Stimmen gehört werden. Jede und jeder muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben und sein Potenzial in unserem Land bestmöglich ausschöpfen können. Dazu wird die Stiftung ein wichtiger Wegbegleiter sein. Die Stiftung soll Informationen bereitstellen, die Praxis stärken und die Entwicklung neuer Ideen für die Gleichstellung unterstützen. Sie wird Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft bei der Entwicklung von Lösungsansätzen beraten und als „Offenes Haus“ insbesondere kleine, innovative Initiativen unterstützen.





Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und des Gesetzes über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen. In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir ein Gesetz, mit dem Änderungen im Bundesfernstraßengesetz und im Eisenbahnkreuzungsgesetz vorgenommen werden. Ein Ziel des Gesetzes ist die Entlastung kommunaler Haushalte zur Verbesserung der Investitionsbedingungen insbesondere für den Ausbau kommunaler Radwege. Ferner dienen die Regelungen dazu, die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und damit Investitionen in das Schienennetz zu beschleunigen. Ein weiteres Ziel ist, stark frequentierte Bundesfernstraßen vom Regionalverkehr zu entlasten.

Die Schiene europaweit stärken — Das Jahr der Schiene erfolgreich nutzen. Die Europäische Kommission hat das Jahr 2021 als das Europäische Jahr der Schiene ausgerufen. Deutschland steht dabei als größtes Bahnland der Europäischen Union nicht nur geographisch im Mittelpunkt, sondern muss aus unserer Sicht in diesem Jahr auch als Takt- und Impulsgeber fungieren. Deswegen haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht und verabschiedet. Damit würdigen wir zum einen die von der Bundesregierung bereits erreichten Ziele, unter anderem im Lärm- und Klimaschutz sowie in der Digitalisierung. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das Jahr der Schiene zu nutzen, um verstärkt für den Schienenverkehr als nachhaltigen Verkehrsträger zu werben. Darüber hinaus soll der grenzüberschreitende europäische Schienenverkehr gefördert werden.

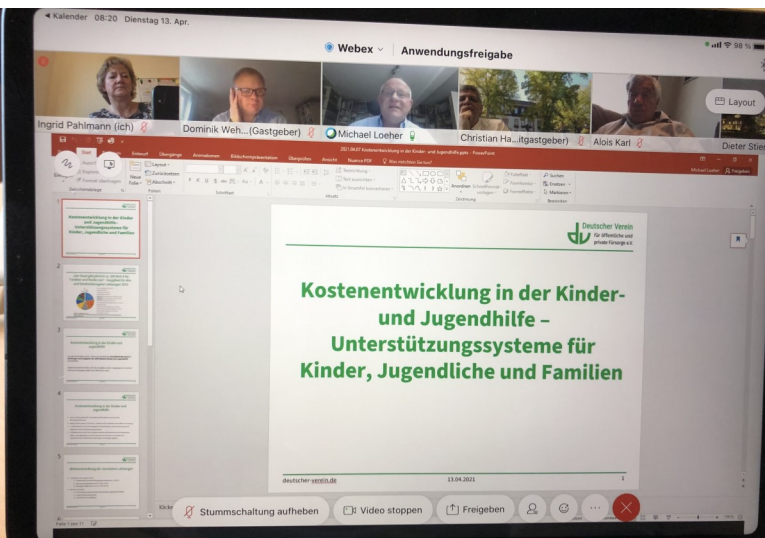
Erstes Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. Die europäisch vorgegebenen Sammelmengen für Elektro-Elektronikaltgeräte werden in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Staaten, leider noch nicht erreicht. Mit der Gesetzesnovelle, die wir diese Woche im Plenum verabschiedeten, werden deshalb die Sammelstrukturen für Elektro- und Elektronikaltgeräte verdichtet und die Rücknahmepflichten des Handels auf bestimmte Lebensmitteleinzelhändler ausgedehnt. Außerdem sollen Hersteller künftig für die von ihnen in Verkehr gebrachten Waren durch die Pflicht zur Vorlage eines Rücknahmekonzepts einen Beitrag zur Steigerung der Sammelmenge leisten. Daneben sollen geeignete Geräte der Wiederverwendung zugeführt, ein hochwertiges Recycling sichergestellt und Hersteller aus Drittstaaten in die Regelungen zur Rücknahme einbezogen werden.

Einen Überblick über die knapp 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



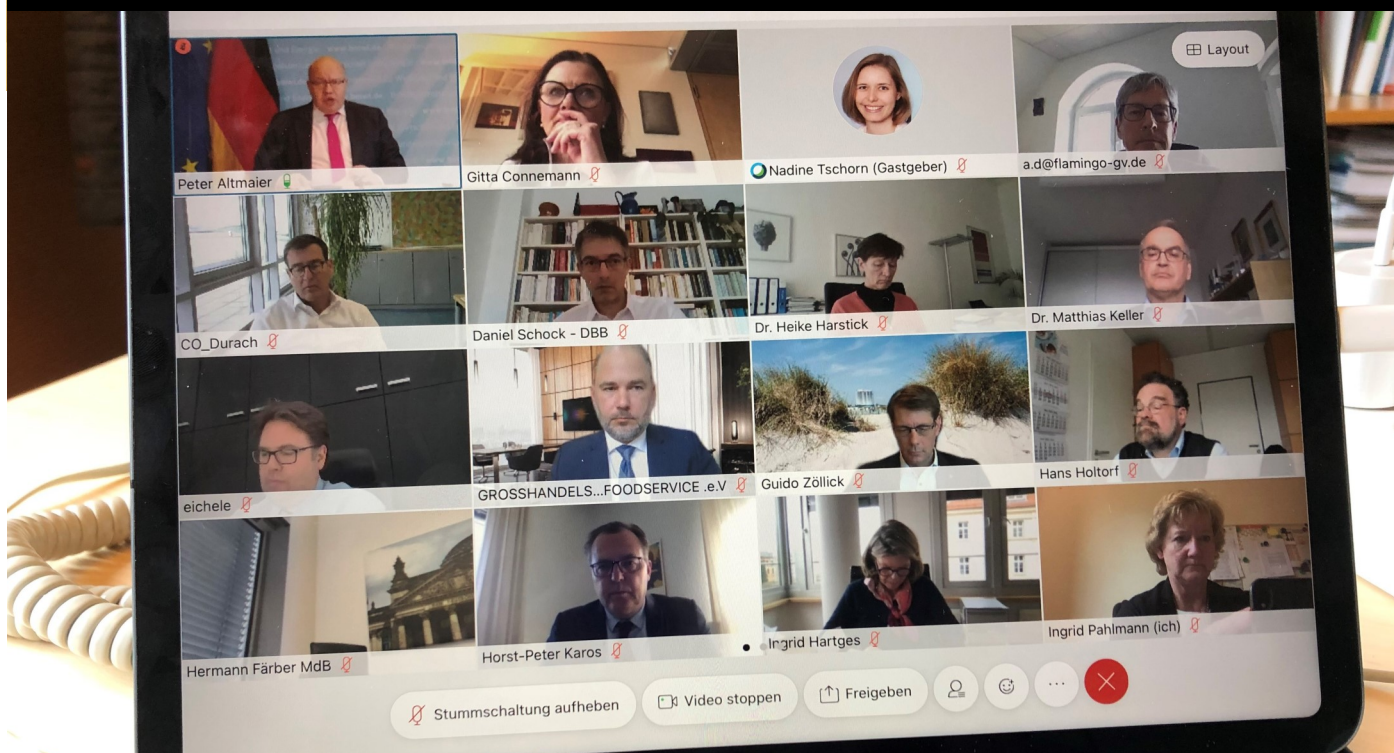
Bericht aus Berlin

Impressionen



Mit einer kleinen Aufmerksamkeit habe ich mich im Impfzentrum Gifhorn für die bisher geleistete Arbeit bedankt.

In der AG Kommunalpolitik ging es diesmal um die Kostenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe.



Bei einem fraktionsinternen „Gastronomiegipfel“ tauschten wir uns mit Betroffenen über die aktuelle Lage und die Perspektiven in der Corona-Krise aus.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-4: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.